

Diskriminierung der spanischen Arbeiter erblickt, die beseitigt werden muss, wobei wenigstens die ungleiche Behandlung hinsichtlich der Steuern aus der Welt zu schaffen sei.

2. Mit der Stellungnahme der Steuerverwaltung gehen auch wir einig. Beruhigend ist vor allem deren Feststellung gegenüber den spanischen Gesprächspartnern, dass auch ohne eine besondere Regelung die spanischen Arbeiter in der Schweiz nicht anders besteuert würden als andere ausländische Arbeiter, und dass sie automatisch auch in den Genuss der Erleichterungen gelangen würden, die den italienischen Arbeitern zugestanden werden.
3. Wenn sich die Steuerverwaltung - obgleich mit einigem Widerstreben - bereit erklärt hat, den spanischen Vorschlag für den erwähnten Briefwechsel im Anhang zum Entwurf eines Doppelbesteuerungsabkommens dennoch aufzunehmen, so ist dies also offenbar vor allem aus psychologischen Erwägungen, zur Beruhigung ihrer spanischen Partner, geschehen. Wir begrüßen diese Geste von uns aus gesehen sehr. Zur Zeit befinden sich bekanntlich ca. 65'000 spanische Arbeitnehmer in unserem Lande. Das spanische Begehren nach allgemeiner Gleichstellung mit den Italienern ist also an sich durchaus verständlich. Da wir ihm aber formell aus naheliegenden innenpolitischen Gründen heute keine Rechnung tragen können, hat es doch einen gewissen Wert und wird, so hoffen wir, auf die spanischen Behörden beruhigend wirken, wenn ihnen unser guter Wille zumindest im Steuersektor bekundet werden kann. Wenn dies im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens möglich ist, statt in einem zur Zeit unerwünschten besonderen Abkommen über spanische

- 3 -

Arbeiter eingeschlossen zu werden, so ist dies vom taktischen Standpunkt aus - auch wenn wir die technischen Bedenken der Steuerverwaltung verstehen - unter den heutigen Voraussetzungen ein Vorteil. Der Umstand, dass wohl ohnehin in nächster Zeit nicht mit dem Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens zu rechnen ist, sollte uns die Geste des guten Willens, die auf dem Steuersektor vorgesehen wurde, erleichtern.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
i. A.



Beilagen erwähnt